

E-Government

Modellkommunen gesucht

[29.10.2013] Im Rahmen eines Pilotvorhabens wird das Bundesinnenministerium Kommunen bei der Konzeption von E-Government-Anwendungen unterstützen. Damit sollen die Potenziale des neuen E-Government-Gesetzes aufgezeigt werden.

Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden hat das Bundesministerium des Innern (BMI) jetzt das Vorhaben „Modellkommune E-Government“ gestartet. Mit dem Projekt werden drei Kommunen mit je 100.000 Euro bei der Konzipierung und Umsetzung von E-Government-Anwendungen unterstützt. Das Pilotvorhaben soll nach Angaben des BMI aufzeigen, welche Potenziale die elektronische Verwaltung für die Kommunen bereithält. Insbesondere sollen solche Kreise, Städte und Gemeinden erreicht werden, die E-Government bisher nur zögerlich anwenden. Die IT-Beauftragte der Bundesregierung, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, erklärte: „Die Potenziale des neuen E-Government-Gesetzes werden wir nur dann ausschöpfen, wenn auf kommunaler Ebene E-Government in breitem Umfang angeboten wird.“ Bis zum 30. November 2013 können sich interessierte Städte und Gemeinden bis 300.000 Einwohner sowie alle Landkreise für eine Teilnahme an dem Pilotvorhaben bewerben. Über die Auswahl der Modellkommunen entscheidet eine Jury.

(bs)

Stichwörter: Politik, Bundesinnenministerium (BMI), Förderprogramm, Modellkommune E-Government, Cornelia Rogall-Grothe